

Beschlüsse des Studierendenparlaments vom 07.März2006 (7. Sitzung)

Das Projektseminar "Prüfung der Finanzen einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft" (Seminarleiter: Prof. Dr. Martin Richter/Dipl.-Ing. Andre Herrlein) wird beauftragt das Finanzgebaren der Studierendenschaft hinsichtlich der Einhaltung des Haushaltsplans 2005 (01.01.05 - 30.09.05) und dessen sachlicher und rechnerischer Richtigkeit zu prüfen. Schwerpunkte sollen hierbei das Finanzgebaren der Fachschaften und die Umsetzung der Empfehlungen des letzten Rechnungsprüfungsbericht(05.07.05) sein. Des Weiteren wird das Projektseminar "Prüfung der Finanzen einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft" beauftragt eine unterjährige Haushaltskontrolle des laufenden Haushalts 05/06 (01.10.05 - 31.03.06) mit dem Schwerpunkt einer betriebswirtschaftlichen Risikobewertung des laufenden Betriebs des Kulturzentrums durchzuführen. Ziel ist es mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen und die verfasste Studierendenschaft, aus finanzieller Sicht, zu sichern. Hierzu sollen Möglichkeiten und der haushaltsrechtliche Rahmen einer Rücklagenbildung zur Risikoabsicherung geprüft werden.

Die Aufwandsentschädigung (AE) für die Mitglieder des RPA und StWA entspricht der AE des letzten Jahres. Die AE im letzten Jahr betrug pro Person 105 €

Hiermit beantragt der AStA vorbehaltlich, dass Herr Garski nicht den vollen Beitrag zahlt, 1797 Euro aus der Kulturzentrums-Rücklage für die anteilige Anschaffung eines Linoleumfußbodens für den Theatersaal.

Nachwahl eines stellvertretenden Vorstandes. Es wird die Referentin für Geschlechterpolitik Sahra Dornick vorgeschlagen.

Angesichts der jüngsten, öffentlich geführten Debatte um die Kritik des AStA zu der „Arbeits- und Servicestelle für internationale Studienbewerbungen“ (ASSIST) stellt das Studierendenparlament fest, dass

- die grundsätzliche Kritik des AStA, dass ASSIST nicht nur eine Erleichterung für ausländische StudienbewerberInnen darstellt, sondern zugleich eine neue Hürde aufbaut, vom Studierendenparlament geteilt wird,
- Mitglieder des AStA nicht frei von Fehlern sind und diese daher passieren können,
- Fehler von Seiten des AStA von diesem öffentlich eingeräumt wurden und er nicht auf seinem Standpunkt beharrte,
- solch ein Verhalten von Offenheit und Ehrlichkeit des AStA zeugt und daher begrüßt wird.

Das Studierendenparlament stellt des Weiteren fest, dass

- die Lebens- und Studienbedingungen von ausländischen Studierenden im Vergleich zu ihren deutschen KommilitonInnen ungleich schwerer sind,
- ausländische Studierende daher der besonderen Unterstützung und Solidarität bedürfen,

- strukturelle Hindernisse für den Hochschulzugang ausländischer StudienbewerberInnen abgebaut werden müssen, hierzu zählen beispielsweise das Studierverbot von Menschen mit Duldung, der Forderung nach Einkommensnachweisen vor der Einreise und nach einer Bürgschaft für den Fall einer etwaigen Abschiebung, darüber hinaus der erschwerte Zugang zum Arbeitsmarkt und zur uneingeschränkten Arbeitserlaubnis, die Extra-Gebühren für Bewerbungen, die von Bildungsdeutschen nicht entrichtet werden müssen,
- die allgemeinen Lebensbedingungen von Ausländerinnen und Ausländern ungleich schwerer sind als die von Deutschen. Dies liegt neben den oben erwähnten strukturellen Hindernissen unter anderem an einer latenten Skepsis vieler Deutscher gegenüber Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund, die von Ignoranz über aktive Ausgrenzung bis hin zu fremdenfeindlich motivierten Übergriffen reicht. Hinzu tritt die persönliche Situation der Ausländerinnen und Ausländer, die sich unter Umständen tagtäglich neuen Herausforderungen gegenüber sehen, mit denen sie sich ohne Vorerfahrung auseinandersetzen müssen.

Das Studierendenparlament fordert daher dazu auf, sich sachlich mit der Situation ausländischer Studierender und StudienbewerberInnen auseinanderzusetzen anstatt personalpolitische Machtspiele zu betreiben, die letzten Endes zu Lasten des Referates für Internationales und somit zu Lasten der ausländischen Studierenden gehen würden. Das Studierendenparlament lädt alle Interessierten zu einer Diskussion zu der in diesem Beschluss beschriebenen Sachlage ein, um im Sinne der Betroffenen Gutes zu bewirken.

Zusätzlich wurden Wiebke Grund, Valeria Hassis, Lotte Zeilfelder und Conni Schultze in den Studentischen Wahlausschuss gewählt.
